

Datenschutzrechtliche Information¹

gemäß Artikel 13 und Artikel 14 der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Mit den folgenden Hinweisen informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen zustehenden Rechte und Ansprüche gemäß geltender datenschutzrechtlicher Bestimmungen insbesondere nach den Artikeln 13 und 14 der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in unserer Steuerberatungsgesellschaft.

Der Verantwortliche

Anrede, Titel, Vor-/Nachname	Herr Daniel Matt
Funktion	Verantwortlicher
Anschrift	TC Steuerberatungsgesellschaft mbH Wasserweg 10 06642 Nebra
Telefon	0341 1405280
E-Mail	daniel.matt@tc-steuerberater.de

Vertretungsberechtigt sind die Geschäftsführer,
Herr Jens Schellknecht, Herr Daniel Matt und Herr Werner Hartwig

Kontakt Daten des Datenschutzbeauftragten

Sie erreichen unseren Datenschutzbeauftragten unter: datenschutz@schindler-anwalt.de

Zwecke und Rechtsgrundlagen

für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Unternehmensgegenstände des Verantwortlichen sind Steuerberatung, Unternehmensberatung und Lohnbuchhaltung. Im Rahmen unserer Tätigkeit als verarbeiten wir personenbezogene Daten:

- Aufgrund Ihrer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 (a) DSGVO). Soweit Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke (z.B. Kontaktaufnahme über Telefon oder E-Mail, Korrespondenz, Bewerbungsverfahren, Bewerbermanagement,) erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer Einwilligung gegeben. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit für die Zukunft widerrufen werden. Die Erklärung ist formlos möglich.
- Wir verarbeiten personenbezogene Daten zur Erfüllung eines Vertrages, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen, die auf Anfrage der betroffenen Person erfolgen (Artikel 6 Abs. 1 (b) DSGVO). Im Sinne des Unternehmenszwecks schließen wir Verträge mit verschiedenen Partnern. Wir verarbeiten personenbezogene Daten z.B. im Rahmen der Erfüllung von Mandatsverträgen zu Ausführung und Abwicklung des Mandatsverhältnisses einschließlich der Korrespondenz, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, wie z.B. Einrichtung der Buchhaltung, Buchführungsarbeiten einschließlich Kontieren der Belege, Überwachung der Buchführung,

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Dokument bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

Umsatzsteuervoranmeldung, betriebliche und private Steuererklärungen, Jahresabschluss, Elektronische Übermittlungen (E-Bilanz, Bundesanzeiger, elektronische Steuererklärungen, Datensicherung und -verarbeitung u.a.), Bescheinigungswesen, Führen von Lohnkonten, Anfertigung der Lohn- und Gehaltsabrechnungen, Lohnsteueranmeldung, Meldungen zur Sozialversicherung, Beitragsnachweise (Sozialversicherung), Bearbeitung von Erstattungsanträgen bei nach AAG (U1 und U2) bei den Krankenkassen, Anfertigung von Meldungen und Nachweisen für die Berufsgenossenschaft (z.B. Entgeltnachweise), Arbeits- und Nebeneinkommensbescheinigungen, Statistiken, Meldungen an berufsständische Kammern und an die IHK, Mitwirkung / Teilnahme an Betriebsprüfungen, Hochrechnungsanalysen, betriebliche und steuerliche Beratung, Beratung bis zur Betriebseröffnung, Gründungsberatung, Aufzeichnungspflichten, Steuerbescheide – deren Prüfung und Rechtsbehelf, Bearbeitung von Anträgen auf betriebliche Fördermittel. Bearbeitung von Anfragen, Auftragsannahme, Bewerbungsverfahren, Bewerbermanagement, Auswahl und Bindung von Personal, Entgeltabrechnung, Reisekostenabrechnung, Abrechnung und Dokumentation der Fahrzeugnutzung, Rechnungsstellung, Leistungs-, Vergütungs- und Haftungsansprüche, Auftragsbearbeitung, Qualitätssicherung, Dokumentation, Kommunikation, Korrespondenz und Rechnungslegung, Zahlungsabwicklung etc. Art. 6 Abs. 1 (b) DSGVO, Art. 88 DSGVO, § 26 DSAnpUG-EU

- Zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, der wir in unserer Tätigkeit unterliegen (Artikel 6 Abs. 1 (c) DSGVO). Dies können u.a. Verpflichtungen nach der Abgabenordnung, aufsichtsrechtliche, steuerrechtliche, statistische, sozialversicherungsrechtliche und sozialrechtliche (SGB VIII) Aufzeichnungs-, Dokumentations-, Kontroll- und Meldepflichten sein.
- In Notfällen, um lebenswichtige Interessen der betroffenen Person oder einer anderen natürlichen Person zu schützen (Art. 6 Abs. 1 Buchst. d DSGVO)
- Wenn die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde, Art. 6 Abs. 1 (e) DSGVO.
- Soweit die Verarbeitung ist zur Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten erforderlich ist (Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 (f) DSGVO),
 - insbesondere liegt die kontinuierliche Geschäftsbeziehung zu unseren Mandanten und Partnern in unserem berechtigten Interesse.
 - Soweit es erforderlich ist, weil wir in Vorleistung treten und daher ein Zahlungsausfall möglich ist, führen wir sowohl vor Beginn des Vertrages als auch jederzeit während der Laufzeit, insbesondere bei Zahlungsverzug, eine Bonitätsprüfung durch. Dazu übermitteln wir Ihren Namen, Kontaktdaten und ggf. das Geburtsdatum, soweit schutzwürdige Interessen Ihrerseits nicht entgegenstehen, und verwenden die erhaltenen Informationen über die statistische Wahrscheinlichkeit eines Zahlungsausfalls für eine abgewogene Entscheidung über die Begründung, Durchführung oder Beendigung des Vertragsverhältnisses. Wir löschen die Daten einer Bonitätsauskunft, wenn wir sie nicht mehr als Entscheidungshilfe benötigen. Wir arbeiten z. B. mit Creditreform Boniversum GmbH, Hellersbergstr. 11, 41460 Neuss und den im Verband der Vereine Creditreform e.V., Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss, in

Deutschland zusammengeschlossenen Vereinen zusammen, weitere Informationen: www.boniversum.de/EU-DSGVO bzw. www.creditreform.de/eu-dsgvo

- § 87d Absatz 2 der Abgabenordnung; Seit dem 01.01.2017 besteht eine Identifizierungspflicht, damit wir die Daten elektronisch an die Finanzverwaltung übermitteln können. Dazu benötigen wir die Vorlage eines Personaldokuments zur Identifizierung des Steuerpflichtigen, des Ehegatten bzw. des gesetzlichen Vertreters.
- zum Zweck der Gesundheitsvorsorge nach § 22 Abs. 1 DSAnpUG-EU,
- zum Zweck von Beschäftigungsverhältnissen, § 26 DSAnpUG-EU (Datenverarbeitung für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses), Artikel 6 Abs. 1 (b) DSGVO, Artikel 88 DSGVO (Datenverarbeitung im Beschäftigungskontext), hierbei gelten auch Bewerberinnen und Bewerber für ein Beschäftigungsverhältnis sowie Personen, deren Beschäftigungsverhältnis beendet ist, als Beschäftigte. Zur Erfüllung von Praktikumsverträgen, Ausbildungsverträgen, Arbeitsverträgen, Verträgen zur Altersvorsorge etc. sowie zum Nachweis eines Sachbezuges, wie Tankquittung etc., zur Erfassung der Arbeits-, Urlaubs- und Fehlzeiten, beispielsweise zur Führung eines Arbeitszeitkontos sowie der Abwesenheitsplanung, zur Personalaktenführung zur Verwaltung der Beschäftigten unseres Unternehmens, zur Erfassung und dem Nachweis der Durchführung von Schulungen und sonstigen Maßnahmen, insbesondere in den Bereichen Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz, Brandschutz, Datenschutz, Hygiene und ähnlichen Gebieten, für die Prüfung der Zugangs- und Zutrittsberechtigung, für die Organisation und Verwaltung von Dienstwagen, einschließlich der Dokumentation der Fahrtenbücher sowie der Verwaltung von Verwarnungs-, Buß- und Strafsachen, für Bewerbungsverfahren, Bewerbermanagement, Auswahl und Bindung von Personal, Entgeltabrechnung, Reisekostenabrechnung, Spesenabrechnung, Abrechnung und Dokumentation der Fahrzeugnutzung etc.
- § 26 Abs. 2 DSAnpUG-EU, sofern ein Bewerber für eine mögliche spätere Zusammenarbeit in einen Bewerberpool aufgenommen werden soll, setzt die Aufnahme in den Bewerberpool eine schriftliche Einwilligung des Bewerbers voraus. Es gelten die Betroffenenrechte nach §§ 12 bis 23 DSGVO.
- Im Sinne von Artikel 9 Abs. 1 (b) DSGVO für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses § 26 Abs. 3 und 4 DSAnpUG-EU, Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten,
- um die aus dem Recht der sozialen Sicherheit und des Sozialschutzes erwachsenden Rechte auszuüben und den diesbezüglichen Pflichten nachzukommen, Dies betrifft auch die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten § 22 DSAnpUG-EU Abs. 1, Buchstaben (a), (b) und (c),

Kategorien von Empfängern

Innerhalb der Kanzlei erhalten diejenigen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung der vertraglichen oder gesetzlichen Pflichten benötigen und an der Ausführung der jeweiligen Verarbeitungsprozesse beteiligt sind, wie Buchhaltung, Lohnbuchhaltung, Personalverwaltung, Mandatsbearbeitung, Rechnungslegung, etc..

Wir geben personenbezogene Daten im Rahmen des Auftrags- bzw. Mandatsverhältnisses an folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern weiter:

- Öffentliche Stellen und Institutionen, wie Gerichte, Behörden, Polizei, Zoll, Finanzbehörden, Banken, Kreditinstitute, Versicherungen, Aufsichtsbehörden, Sozialversicherungsträger, wie Krankenkassen, gesetzliche Rentenversicherung und Berufsgenossenschaft, Bundesanzeiger Verlag GmbH u. a., die Daten aufgrund des Vorliegens vorrangiger Rechtsvorschriften erhalten bzw. mitgeteilt bekommen müssen,
- Gläubiger bei Vorliegen von Drittschuldnerklärungen, Pfändungen
- Externe Auftragsverarbeiter, an die wir auf der Grundlage von Artikel 28 DSGVO zur Durchführung von Verwaltungsaufgaben personenbezogene Daten zur Verarbeitung übermitteln (Rechenzentren, Druckdienstleister, Dienstleister zur Akten- und Datenträgervernichtung, EDV-/IT-Unterstützungs- und Wartungsdienstleister, Scandienstleister, Risikocontrolling, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Lohnbüro, DATEV, Zahlungsverkehrsdienstleister, Post- und Telekommunikationsdienstleister, Inkassounternehmen, Rechtsbeistände, Gutachter usw.), soweit der Betroffene seine Einwilligung erteilt hat oder eine Übermittlung aus überwiegendem Interesse zulässig ist. Die für uns tätigen Auftragsverarbeiter sind sorgfältig ausgewählt und auf die Wahrung der Vertraulichkeit und unserer Berufsgeheimnisse gemäß § 203 Abs. 3 Strafgesetzbuch verpflichtet. Darüber hinaus sind sie an unsere datenschutzrechtlichen Weisungen gebunden. Wir arbeiten ausschließlich mit Auftragsverarbeitern, die hinreichend Garantien dafür bieten, dass geeignete technische und organisatorische Maßnahmen so durchgeführt werden, dass die Verarbeitung im Einklang mit den Anforderungen der DSGVO erfolgt und den Schutz der Rechte der betroffenen Person gewährleistet.
- Betriebsarzt,
- Beschäftigte der ANTAX Steuerberatungsgesellschaft mbH, der Medatax Sachsen Steuerberatungsgesellschaft mbH,
- Weitere Stellen, für die Sie Ihre Einwilligung zur Datenübermittlung erteilt haben bzw. für die Sie uns vom Datengeheimnis gemäß Vereinbarung oder Einwilligung befreit haben.
- Wir werden, soweit notwendig, je nach Auftrag an weitere Empfänger, mit Ihnen abstimmen.

Personenbezogene Daten werden an Dritte übermittelt, wenn

- die betroffene Person bzw. deren Erziehungsberechtigte nach Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 (a) DSGVO ausdrücklich dazu eingewilligt hat,
- die Weitergabe nach Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 (f) DSGVO zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist und kein Grund zur Annahme besteht, dass die betroffene Person ein überwiegendes schutzwürdiges Interesse an der Nichtweitergabe ihrer Daten hat,
- für die Datenübermittlung nach Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 (c) DSGVO eine gesetzliche Verpflichtung besteht, und/oder
- dies nach Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 (b) DSGVO für die Erfüllung eines Vertragsverhältnisses mit der betroffenen Person erforderlich ist.

In anderen Fällen werden personenbezogene Daten nicht an Dritte weitergegeben.

Drittlandtransfers

Im Rahmen der Vertragsdurchführung können auch Auftragsverarbeiter außerhalb der Europäischen Union zum Einsatz kommen. Eine Datenübermittlung in Länder außerhalb der EU bzw. des EWR (sogenannte Drittstaaten) findet nur statt, soweit:

- dies zur Ausführung des Mandatsvertrages (z.B. Zahlungsaufträge) erforderlich bzw. gesetzlich vorgeschrieben ist (z.B. steuerrechtliche Meldepflichten),
- Sie uns eine Einwilligung erteilt haben oder
- im Rahmen einer Auftragsdatenverarbeitung.

Werden Dienstleister im Drittstaat eingesetzt, sind diese zusätzlich zu schriftlichen Weisungen durch die Vereinbarung der EU Standardvertragsklauseln zur Einhaltung des Datenschutzniveaus in Europa verpflichtet. In diesem Fall ergreifen wir Maßnahmen, um den Schutz Ihrer Daten sicherzustellen, beispielsweise durch vertragliche Regelungen. Wir übermitteln ausschließlich an Empfänger, die den Schutz Ihrer Daten nach den Vorschriften der DSGVO für die Übermittlung an Drittländer (Art. 44 bis 49 DSGVO) sicherstellen.

Betroffene Daten:

Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehungen erheben und verarbeiten wir personenbezogene Daten nur, wenn dies dem Zweck angemessen und erheblich sowie auf das für die Zwecke der Verarbeitung notwendige Maß beschränkt sind („Datenminimierung“).

- Persönliche Daten, wie Anrede, Titel, Berufsbezeichnung, akademische Grade, Vor- und Nachname, Geburtsname, Geburtsdatum, Geburtsort, Familienstand, Angaben zu Kindern, Geburts-, Bestells- und Anerkennungsdaten und, Staatsangehörigkeit, Einwanderungsstatus usw.,
- Kommunikationsdaten, wie: Postanschriften und elektronische Kontakt- und Kommunikationsdaten, wie, Telefon- und Telefaxnummern, E-Mail Adressen, des Betroffenen, des Geschäftspartners oder des Beschäftigten,
- Daten zur schulischen und berufsbildenden Entwicklung, wie Schulabschluss, berufliche Tätigkeiten, Qualifikation, Zeugnisse, Registerauszüge, Prüfungsergebnisse, Fortbildungsnachweise,
- Daten zum Beschäftigungsverhältnis, wie Bewerbungsunterlagen, Aufzeichnungen zur Kommunikation mit dem Bewerber, Lohn- und Gehaltsdaten, Abrechnungsdaten, Einkommen, Urlaubsdaten, Aufzeichnungen zu Arbeitszeitkonten, Urlaubsansprüchen, Arbeitsunfähigkeit, Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertrag, Einstellung / Beendigung des Arbeitsverhältnisses, berufliche Entwicklung, Zugehörigkeit zu Abteilungen, Betriebsstätten, Funktionsbeschreibung, Kostenstellen und Beschäftigtengruppen, Zusatzleistungen, betriebliche Altersvorsorge, Zuwendungen, Bezüge, Kinderfreibeträge, Steuerklasse, Versicherungsdaten, Sozialversicherungsnummer, Steueridentifikationsnummer, Daten zur Kranken- und Rentenversicherung, und Bankverbindung erhalten wir von Ihnen selbst oder der Bundesagentur für Arbeit, Berufsgenossenschaft, Firmenwagen (u. a. Kennzeichen, Listenpreis),
- Geburtsurkunde eines leiblichen Kindes, Adoptionsurkunde oder Eintrag eines halben Kinderfreibetrags in den ELStAM-Daten zum Nachweis der Elterneigenschaft, Der Nachweis ist dem Arbeitgeber vorzulegen.
- Dokumentation von Einweisungen und Belehrungen
- Übergabeprotokolle (z. B. Schlüssel, Fahrzeuge, betriebliche Hardware)
- Schulden, Lohnpfändungen, Pfändungen und Darlehen (einschließlich Gläubiger), Renten / Pensionen,

- Gesundheitsdaten, Gesundheitspass, Daten zum Impfstatus, Behinderung, Schwerbehinderung (mit entsprechendem Aktenzeichen), ggf. Renten, Verbandbuch, Ergebnis der Tauglichkeitsuntersuchung des Betriebsarztes,
- Polizeiliches Führungszeugnis,
- Steuer ID, Firmen- und Unternehmensnamen, Finanzdaten, Bankverbindungen, Bonitätsindices, Score-Werte, Gerichtsurteile, Bußgeldbescheide, Beteiligungen, Gesellschafterlisten, Gesellschafterverträge, Registerauszüge,
- Aufzeichnungen zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen, die auf Anfrage der betroffenen Person erfolgen
- Zur Vertragsdurchführung mitgeteilte Daten, gegebenenfalls darüber hinaus gehende Daten zur Verarbeitung auf Basis Ihrer ausdrücklichen Einwilligung,
- Aufzeichnungen zur Kommunikation mit dem Betroffenen, Speicherung von Gesprächsprotokollen, Dokumentationen über besondere Vorkommnisse, E-Mails, Arbeitskonzepte, Personaleinsatzpläne, Zielvereinbarungen, Sachstandsberichte Abschlussberichte, Leistungsdokumentationen etc.
- zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Verpflichtungen sein.
- Besondere Kategorien personenbezogener Daten im Sinne des Art. 9 DSGVO, die wir verarbeiten sind u.a. Passfotos im Rahmen der Vorlage eines Personaldokuments zur Identifikation des Steuerpflichtigen nach § 87d Absatz 2 der Abgabenordnung, Steuerdaten, wie in den Steuererklärung enthaltene Konfessionsdaten, Gerichtsurteile, Bußgeldbescheide, Gesundheitsdaten beispielsweise bei Vorlage einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung etc.

Zum anderen verarbeiten wir personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen (z.B. Handelsregister, Presse, Medien, Internet) in zulässiger Weise gewonnen haben und verarbeiten dürfen.

Eine über die Reichweite der gesetzlichen Erlaubnistatbestände hinausgehende Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt nur auf Grundlage Ihrer ausdrücklichen Einwilligung.

Herkunft der personenbezogenen Daten

Die Datenerhebung ist die Grundlage für die Verarbeitung, Nutzung und gegebenenfalls Übermittlung von personenbezogenen Daten zur Erfüllung unserer gesetzlichen, satzungsgemäßen und vertraglichen Verpflichtungen. Wir verarbeiten personenbezogene Daten,

- die wir bei der betroffenen Person erheben oder den Bewerbungsunterlagen entnehmen,
- die wir bei Dritten
 - im Rahmen der Internetrecherche zu Bewerbern auf Bewerberportalen, wie XING,
 - in Stellengesuche in Tageszeitungen und Fachzeitschriften erheben
- die wir im Rahmen unserer gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtung vom Betroffenen, von öffentlichen Stellen, zuständigen Ämtern, Behörden, Gerichten, Sozialversicherungsträgern, etc. erhalten.
- Zum anderen verarbeiten wir personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen (z.B. Handelsregister, Presse, Medien, Internet) in zulässiger Weise gewonnen haben und verarbeiten dürfen.

- Die Datenerhebung aufgrund berechtigter Interessen des Verantwortlichen wird unsererseits beispielsweise für das Einholen einer Bonitätsauskunft unsererseits genutzt (Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 (f) DSGVO).
- Darüber hinaus werden keine personenbezogenen Daten erhoben. Eine über die Reichweite der gesetzlichen Erlaubnistatbestände hinausgehende Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt nur auf Grundlage Ihrer ausdrücklichen Einwilligung.

Dauer der Datenspeicherung:

Wir verarbeiten und speichern Ihre personenbezogenen Daten, solange es für die Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten erforderlich ist. Daten des von uns bearbeiteten Mandats werden gemäß § 50 Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) bis zum Ablauf des sechsten Kalenderjahres nach dem Ende der Mandatsbearbeitung gespeichert. Sind die Daten für die Erfüllung vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten nicht mehr erforderlich, werden sie regelmäßig gelöscht, es sei denn eine (befristete)

Weiterverarbeitung ist erforderlich zu folgenden Zwecken:

- Erfüllung handels- oder steuerrechtlicher Aufbewahrungspflichten nach dem Handelsgesetzbuch (HGB), die Abgabenordnung (AO), das Geldwäschegesetz (GwG). Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung betragen zwei bis zehn Jahre.
- Zur Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der gesetzlichen Verjährungsvorschriften nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) können die Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen. Die regelmäßige Verjährungsfrist beträgt jedoch drei Jahre.
- Im Falle des Nichtzustandekommens eines Arbeitsvertrages werden die Bewerbungsdaten nach Mitteilung der Entscheidung in der Regel binnen vier Monaten gelöscht, soweit nicht eine Einwilligung in eine längere Datenspeicherung vorliegt und wenn keine gesetzlichen Regeln oder Pflichten des Verantwortlichen dagegen sprechen.
- Im Falle des Zustandekommens eines Arbeitsvertrages werden die Bewerbungsdaten Teil der Personalakte. Es gelten die entsprechenden Aufbewahrungsfristen. Nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses werden die Beschäftigtendaten ausschließlich im Rahmen der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten und -fristen gespeichert oder aufbewahrt.
- Bei steuerlich relevanten Daten erfolgt eine Speicherung bis zum Ablauf der gesetzlich vorgeschriebenen Aufbewahrungsfristen. In der Regel sind dies 10 Jahre zuzüglich einer Karenzzeit von weiteren 4 Jahren, um Fälle einer möglichen Ablaufhemmung zu erfassen. Nach Ablauf von 14 Jahren prüfen wir, ob Gründe für eine weitere Aufbewahrung vorliegen.

Innerhalb der gesetzlichen Fristen besteht für die von der von der Aufbewahrungspflicht betroffenen personenbezogenen Daten kein Recht auf Löschung nach Artikel 17 DSGVO. Alle anderen Daten werden innerhalb von 6 Monaten gelöscht oder vernichtet.

Ihre Rechte

Sie haben gemäß Art. 15 ff. DSGVO die Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit.

- Wenn Sie eine **Auskunft** zu den zu Ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten wünschen, wenden Sie sich bitte an den Verantwortlichen. Auf Wunsch wird Ihnen ein Auszug der zu Ihrer Person gespeicherten Daten zur Verfügung gestellt. Kein Auskunftsrecht besteht, wenn die Erteilung der begehrten Informationen gegen die Verschwiegenheitspflicht gem. § 57 StBerG verstoßen würde oder die Informationen aus sonstigen Gründen, insbesondere wegen eines überwiegenden berechtigten Interesses eines Dritten, geheim gehalten werden müssen. Hiervon abweichend kann eine Pflicht zur Erteilung der Auskunft bestehen, wenn insbesondere unter Berücksichtigung drohender Schäden Ihre Interessen gegenüber dem Geheimhaltungsinteresse überwiegen. Das Auskunftsrecht ist ferner ausgeschlossen, wenn die Daten nur deshalb gespeichert sind, weil sie aufgrund gesetzlicher oder satzungsmäßiger Aufbewahrungsfristen nicht gelöscht werden dürfen oder ausschließlich Zwecken der Datensicherung oder der Datenschutzkontrolle dienen, sofern die Auskunftserteilung einen unverhältnismäßig hohen Aufwand erfordern würde und die Verarbeitung zu anderen Zwecken durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen ausgeschlossen ist. Sofern in Ihrem Fall das Auskunftsrecht nicht ausgeschlossen ist und Ihre personenbezogenen Daten von uns verarbeitet werden, können Sie von uns Auskunft über folgende Informationen verlangen:
 - Zwecke der Verarbeitung,
 - Kategorien der von Ihnen verarbeiteten personenbezogenen Daten,
 - Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre personenbezogenen Daten offen gelegt werden, insbesondere bei Empfängern in Drittländern,
 - falls möglich die geplante Dauer, für die Ihre personenbezogenen Daten gespeichert werden oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer,
 - das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten oder eines Widerspruchs-rechts gegen diese Verarbeitung,
 - das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde für den Datenschutz,
 - sofern die personenbezogenen Daten nicht bei Ihnen als betroffene Person erhoben worden sind, die verfügbaren Informationen über die Datenherkunft,
 - ggf. das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und angestrebten Auswirkungen automatisierter Entscheidungsfindungen,
 - ggf. im Fall der Übermittlung an Empfänger in Drittländern, sofern kein Beschluss der EU-Kommission über die Angemessenheit des Schutzniveaus nach Art. 45 Abs. 3 DSGVO vorliegt, Informationen darüber, welche geeigneten Garantien gem. Art. 46 Abs. 2 DSGVO zum Schutze der personenbezogenen Daten vorgesehen sind.
- Wenn Sie feststellen, dass zu Ihrer Person gespeicherte Daten fehlerhaft oder unvollständig sind, können Sie jederzeit die unverzügliche **Berichtigung** oder Vervollständigung dieser Daten verlangen (Artikel 16 DSGVO).

- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die **Löschung** verlangen (Art. 17 DSGVO).
- Unter den Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO in Verbindung mit § 35 DSAnpUG-EU können Sie eine **Einschränkung der Verarbeitung** Ihrer Daten verlangen. Dies kommt z. B. dann in Betracht, wenn der Verantwortliche die Daten nicht länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen und eine Löschung der Daten Ihre schutzwürdigen Interessen beeinträchtigen würde.
- Sie haben ein **Recht auf Datenübertragbarkeit** (Art. 20 DSGVO), sofern die Verarbeitung auf Ihrer Einwilligung (Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 (a) oder Artikel 9 Absatz 2 (a) DSGVO) oder auf einem Vertrag gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b beruht, dessen Vertragspartei Sie sind und die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt. Wollen Sie das Recht auf Datenübertragbarkeit wahrnehmen, wenden Sie sich bitte an den Verantwortlichen. Auf Wunsch wird ein Auszug der von Ihnen zur Verfügung gestellten Daten an den von Ihnen genannten Empfänger übermittelt werden.
- Ihnen steht das **Recht auf Widerspruch** gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten nach den Bestimmungen des Art. 21 der DSGVO zu.
- Sie haben das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer **automatisierten Verarbeitung** – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die Ihnen gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder Sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt. Eine automatisierte Entscheidungsfindung auf der Grundlage der erhobenen personenbezogenen Daten findet nicht statt.
- Soweit personenbezogene Daten auf Grundlage ihrer **Einwilligung** nach Art. 6 Abs. 1 a und Art. 7 DSGVO verarbeitet werden, können Sie ihre Einwilligung jederzeit widerrufen. Dieser Widerruf berührt die Rechtmäßigkeit der aufgrund Ihrer Einwilligung bis dahin vorgenommenen Datenverarbeitung nicht.

Um Ihre Rechte wahrzunehmen wenden Sie sich an den o.g. Verantwortlichen. Sofern Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüfen wir, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

- Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres gewöhnlichen Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen diese Verordnung verstößt (Art. 77 DSGVO).

Am Sitz unserer Kanzlei ist folgende Aufsichtsbehörde für den Datenschutz zuständig:

Landesbeauftragter für den Datenschutz Sachsen-Anhalt
Postfach 1947
39009 Magdeburg.

Internet: <https://datenschutz.sachsen-anhalt.de/landesbeauftragter/kontakt/>

Elektronische Post (E-Mail)

Informationen, die Sie unverschlüsselt mit elektronischer Post (E-Mail) an uns senden, können möglicherweise auf dem Übertragungsweg von Dritten gelesen werden. Wir können in der Regel auch Ihre Identität nicht überprüfen und wissen nicht, wer sich hinter einer E-Mail-Adresse verbirgt.

Wir nutzen das Codierungssystem SSL (Secure Socket Layer), weisen jedoch darauf hin, dass die Daten-übertragung im Internet (z.B. bei der Kommunikation per E-Mail) Sicherheitslücken aufweisen kann. Eine rechtssichere Kommunikation durch einfache E-Mail ist daher nicht gewährleistet.

Bitte teilen Sie uns mit, ob und auf welche Weise wir Ihnen zur Beantwortung Ihrer Zusendungen verschlüsselte E-Mails übersenden können und ob Sie, falls dies nicht möglich ist, mit einer unverschlüsselten Antwort per E-Mail auf Ihr Schreiben einverstanden sind.

Wenn Sie über keine Möglichkeit zum Empfang verschlüsselter E-Mails verfügen, bitten wir uns zur Beantwortung Ihrer schutzwürdiger Nachrichten ihre Postanschrift zu nennen.

Wir setzen, wie viele E-Mail-Nutzer, Filter gegen unerwünschte Werbung (SPAM-Filter) ein, die in seltenen Fällen auch normale E-Mails fälschlicherweise automatisch als unerwünschte Werbung einordnen und löschen. E-Mails, die schädigende Programme (Viren) enthalten, werden von uns in jedem Fall automatisch gelöscht.

Datensicherheit

Wir bedienen uns geeigneter technischer und organisatorischer Sicherheitsmaßnahmen entsprechend Art. 32 DSGVO, um Ihre Daten gegen zufällige oder vorsätzliche Manipulationen, teilweisen oder vollständigen Verlust, Zerstörung oder gegen den unbefugten Zugriff Dritter zu schützen. Unsere Sicherheitsmaßnahmen richten sich nach dem jeweils aktuellen Standard und werden entsprechend der technologischen Entwicklung fortlaufend verbessert.

Wir gewährleisten außerdem nicht, dass unser Angebot zu bestimmten Zeiten zur Verfügung steht. Störungen, Unterbrechungen oder Ausfälle können nicht ausgeschlossen werden. Die von uns verwendeten Server werden regelmäßig sorgfältig gesichert.

Aktualisierung

Dieses Dokument wird zu gegebener Zeit aktualisiert und an geänderte Empfehlungen und Hinweise der Aufsichtsbehörden sowie an die jeweils aktuelle Rechtsprechung angepasst werden.

Historie des Dokumentes

Datum / Revision Nr.	Autor	Anmerkung
04.10.2021 / REV. 0	Der Verantwortliche	

Kenntnisnahme

Die maßgeblichen datenschutzrechtlichen Regelungen finden sich in der DSGVO, im DSAnpUG-EU, und anderen einschlägigen, auch fachspezifischen Gesetzen und Verordnungen in der jeweils gültigen Fassung.

Ich habe die vollständige Datenschutzrechtliche Information erhalten, diese gelesen und verstanden.

Ein Exemplar der Datenschutzrechtlichen Information habe ich erhalten.

Ort, Datum

Name, Unterschrift

Ein im Original unterzeichnetes Exemplar dieser Datenschutzrichtlinie ist an den Verantwortlichen zu übergeben.

Inkraftsetzung

Dieses Dokument wird hiermit in Kraft gesetzt.

Herr Daniel Matt

Verantwortlicher

Datum

Unterschrift

Aufbewahrungsfrist und Dokumentation

Die vorherige Version dieses Dokuments ist zwei Jahre aufzubewahren.